

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Gemeinsame Sitzung der Regionalräte Köln und Düsseldorf und des Braunkohlenausschusses am 15.02.2019

Michael Eyll-Vetter, RWE Power AG

Zukunft. Sicher. Machen.

RWE

Empfehlungen der KWSB: Reduzierung Kohleverstromung

Stilllegungen im Zeitraum 2018 - 2022:

12,7 Gigawatt (GW) Kohlekraftwerkskapazität bis 2022 (ggü. 2017):

- Davon annähernd 5 GW Braunkohle- und 7,7 GW Steinkohlekraftwerke
- Kohlekraftwerke, die noch in Planung oder im Bau sind, sollen nicht mehr ans Netz.
- **Umsetzung** soll im **Einvernehmen** mit den **Betreibern** auf vertraglicher Basis erfolgen:
 - Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede der unterschiedlichen Bergbauregionen und der jeweiligen Bedeutung für die regionale Wertschöpfung
 - Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede zwischen Braun- und Steinkohle

Stilllegungen im Zeitraum 2023 bis 2030:

Rückgang der Braunkohle in 2030 auf maximal 9 GW (Rückgang um 10,9 GW ggü. 2017)

Rückgang der Steinkohle in 2030 auf maximal 8 GW (Rückgang um 14,7 GW ggü. 2017)

- Die Reduzierung in diesem Zeitraum soll möglichst stetig erfolgen, insbesondere bei der Steinkohle.
- In 2025 weitere 10 Mio.t CO₂-Minderung durch ein Innovationsprojekt (Umrüstung eines Braunkohlekraftwerks in Ostdeutschland)
- **Umsetzung** mit Braunkohlebetreibern einvernehmlich über den Gesamtzeitraum 2018 – 2030

Empfehlungen der KWSB: Umsetzung der Maßnahmen

Umsetzungsinstrumentarium für Kraftwerksstilllegungen aus KWSB:

- Einvernehmliche und beihilferechtlich zulässige vertragliche Vereinbarung gegen Entschädigung
 - Angemessene Entschädigung bei Braunkohle, z.B. analog zur Sicherheitsbereitschaft, ggf. zuzüglich der Folgekosten der Tagebaue
 - Freiwillige Stilllegungsprämie bei Steinkohle, z.B. über Ausschreibungen
- Regelungen zur sozialverträglichen Gestaltung der Maßnahmen müssen enthalten sein. Betriebsbedingte Kündigung sowie unbillige soziale und ökonomische Nachteile für die Beschäftigten werden verhindert, u.a. durch staatliches Anpassungsgeld (APG)
- Entschädigungshöhe für Unternehmen kann im Zeitverlauf abschmelzen.
- Falls keine Einigung bis Mitte 2020 erfolgt, Umsetzung durch ordnungsrechtliche Eingriffe mit Entschädigung im Rahmen der rechtlichen Erfordernisse
- Finanzierung aus dem Haushalt

Monitoring der Maßnahmen:

- Ein regelmäßiges Monitoring ist in den Jahren 2023, 2026 und 2029 vorgesehen.
- Ein unabhängiges Gremium prüft die Auswirkungen auf Versorgungssicherheit, Strompreise, Klimaschutz und Strukturentwicklung.

Empfehlungen der KWSB: Abschlussdatum und Aussagen zum Hambacher Forst und Umsiedlungen

Abschlussdatum:

- Als Abschlussdatum für die Kohleverstromung empfiehlt die Kommission **2038**.
- Dieses Datum kann in Verhandlungen mit den Betreibern auf 2035 vorgezogen werden.
- Die Überprüfung, ob dies möglich ist, erfolgt in **2032** (Öffnungsklausel).

Hambacher Forst:

- Die Kommission sieht es als **wünschenswert** an, den Hambacher Forst zu **erhalten**.

Umsiedlungen:

- Die **Länder** werden aufgefordert, in einen **Dialog** mit den von Umsiedlung Betroffenen zu treten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden.

Genehmigungsrecht:

- Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Anpassungen im Tagebau in einer Weise, dass **ein Stillstand der Tagebaue vermieden** wird und durchgehende **Planungssicherheit** besteht.

Flexible Braunkohle aus dem Rheinischen Revier für eine sichere Stromversorgung von NRW und die dezentrale Energieversorgung der mittelständischen Industrie

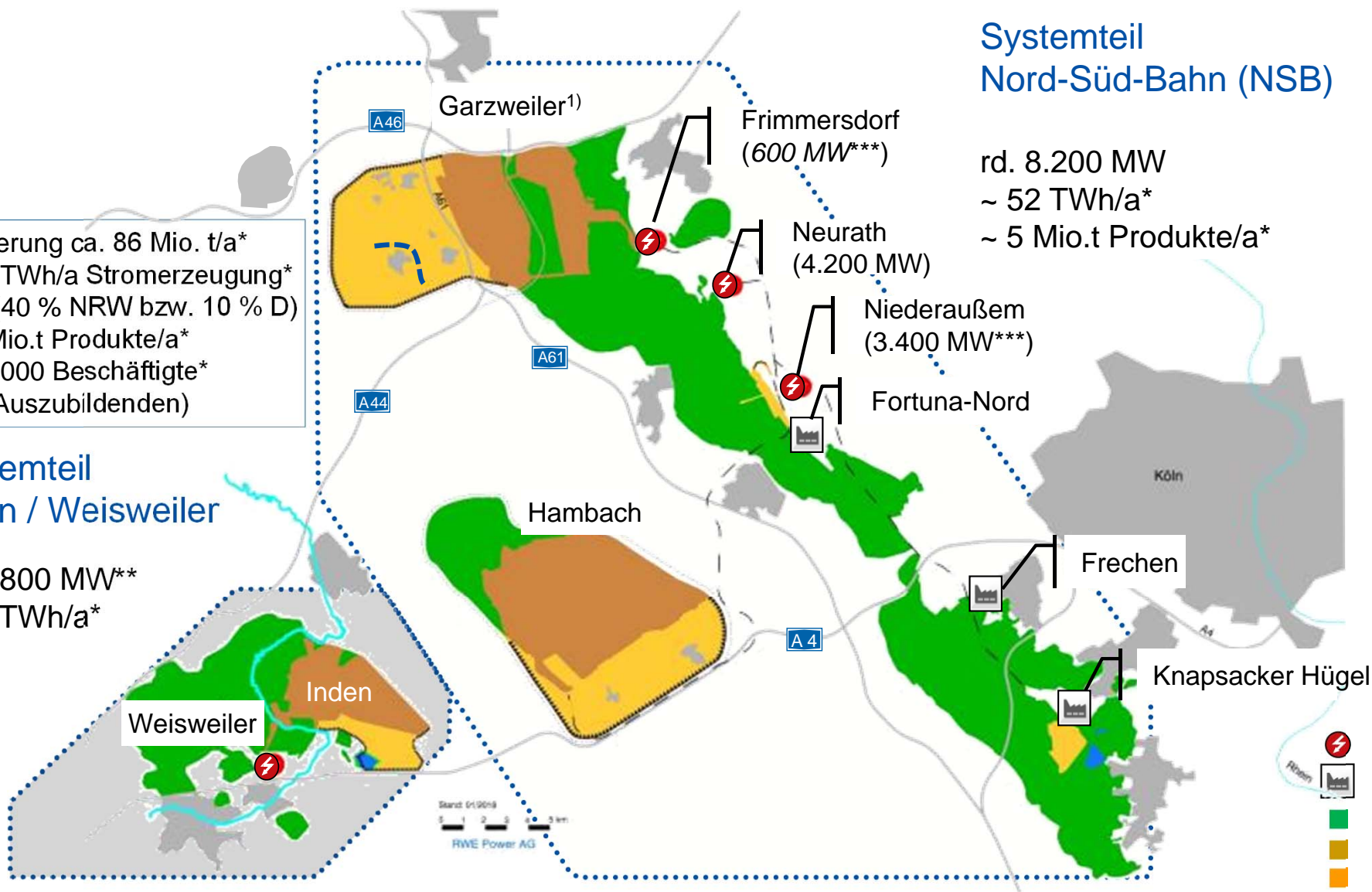
Systemteil Nord-Süd-Bahn (NSB)

rd. 8.200 MW
 ~ 52 TWh/a*
 ~ 5 Mio.t Produkte/a*

- > Förderung ca. 86 Mio. t/a*
- > ~ 65 TWh/a Stromerzeugung*
(40 % NRW bzw. 10 % D)
- > ~ 5 Mio.t Produkte/a*
- > ~ 10.000 Beschäftigte*
(mit Auszubildenden)

Systemteil Inden / Weisweiler

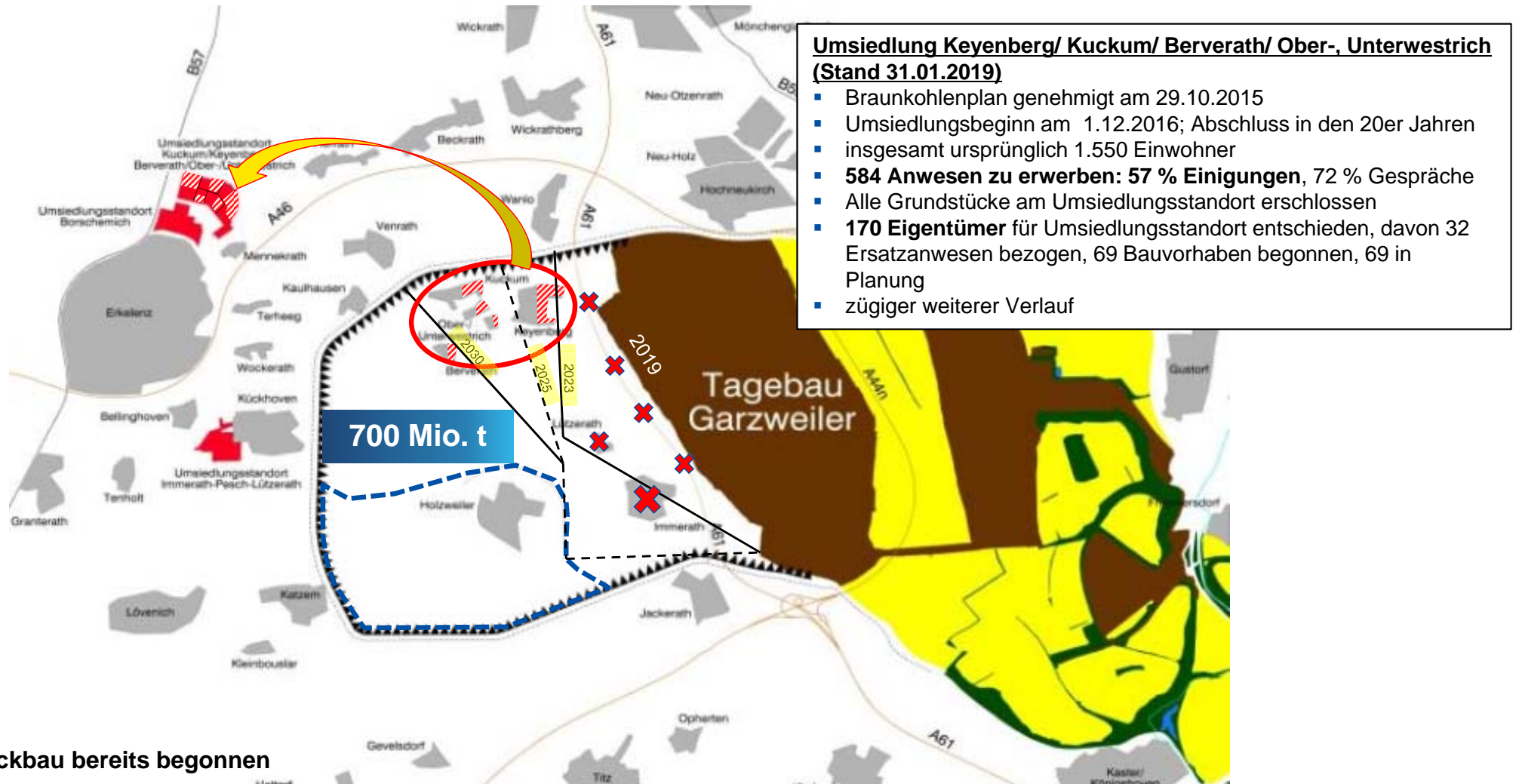
rd. 1.800 MW**
 ~ 13 TWh/a*



* Jahr 2018, ca. Angaben
 ** ohne VSG-Turbinen
 *** Sicherheitsbereitschaft seit 1.10.2017 bzw. 600 MW in Nia seit 1.10.2018

1) Auswirkungen Leitentscheidung

Kohlebedarf erfordert die komplette Inanspruchnahme des Tagebauvorfelds Garzweiler gem. Leitentscheidung 2016



Durch die Leitentscheidung 2016 wurde der Lagerstättenzugriff bereits um ca. 400 Mio. t reduziert, so dass ab 2019 lediglich rd. 700 Mio. t innerhalb der angepassten Abbaugrenzen verbleiben. Bei Reduzierung von Hambach-Mengen werden ~35 Mio. t/a über 20 Jahre zur Deckung des Kohlebedarfs benötigt.

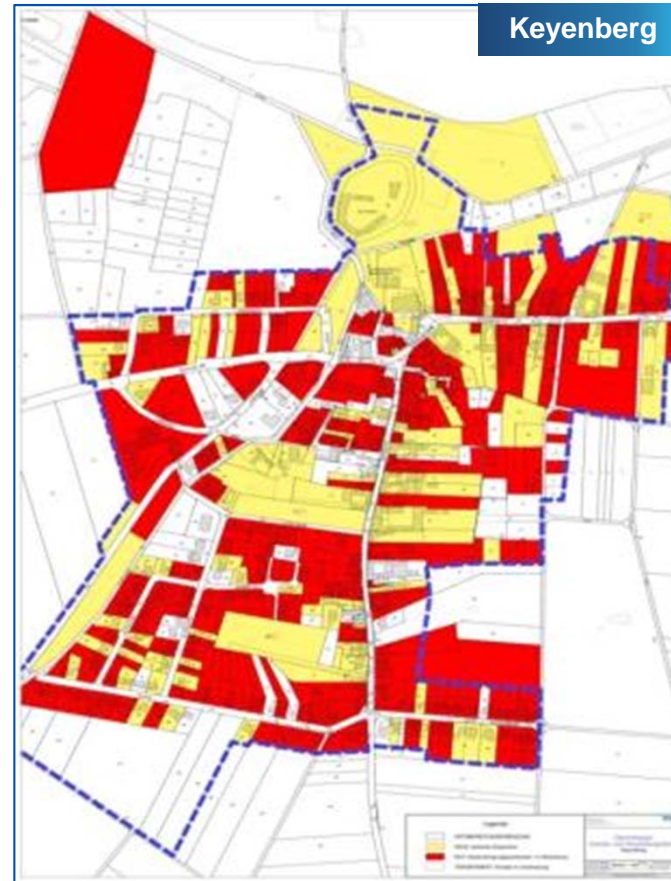
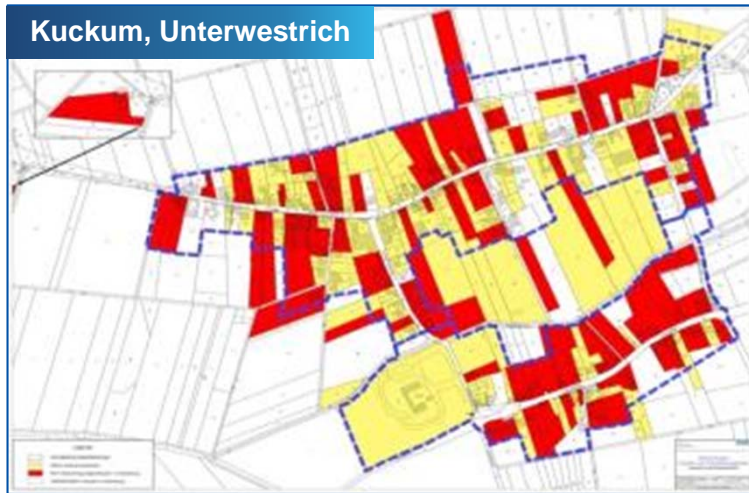
Übersicht Tagebauvorfeldmaßnahmen

Stand Anfang 2019



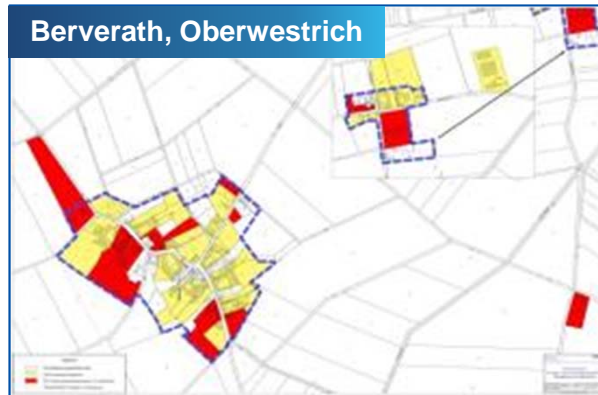
- laufende Umsiedlung
- - - Rückbau Umsiedlungsorte
- Straßenbauprojekte
- - - Einziehung/Rückbau von Straßen
- Immissionsschutzanlagen
- - - Immissionsschutzanlagen in Planung
- Bereich Brunnenbohrprogramm 2019
- Ortslagen am Tagebaurand

Aktueller Stand des 3. Umsiedlungsabschnitts (02/2019) – „Altorte“

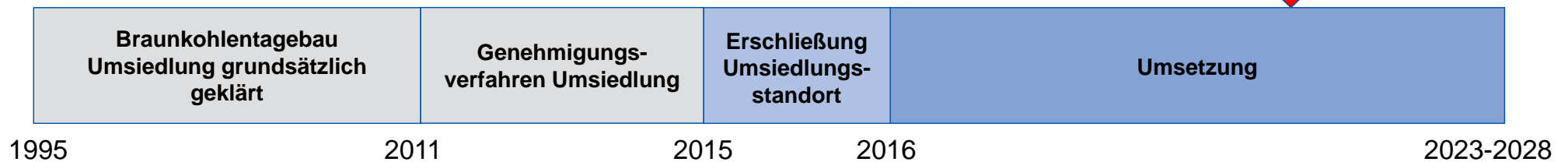


Anwesen:	584 (100%)
Gutachten:	473 (81%)
Gespräche:	421 (72%)
Einigungen:	334 (57%)

- Notarvertrag abgeschlossen/ in Abwicklung
- Laufende Gespräche
- Kontakt in Vorbereitung

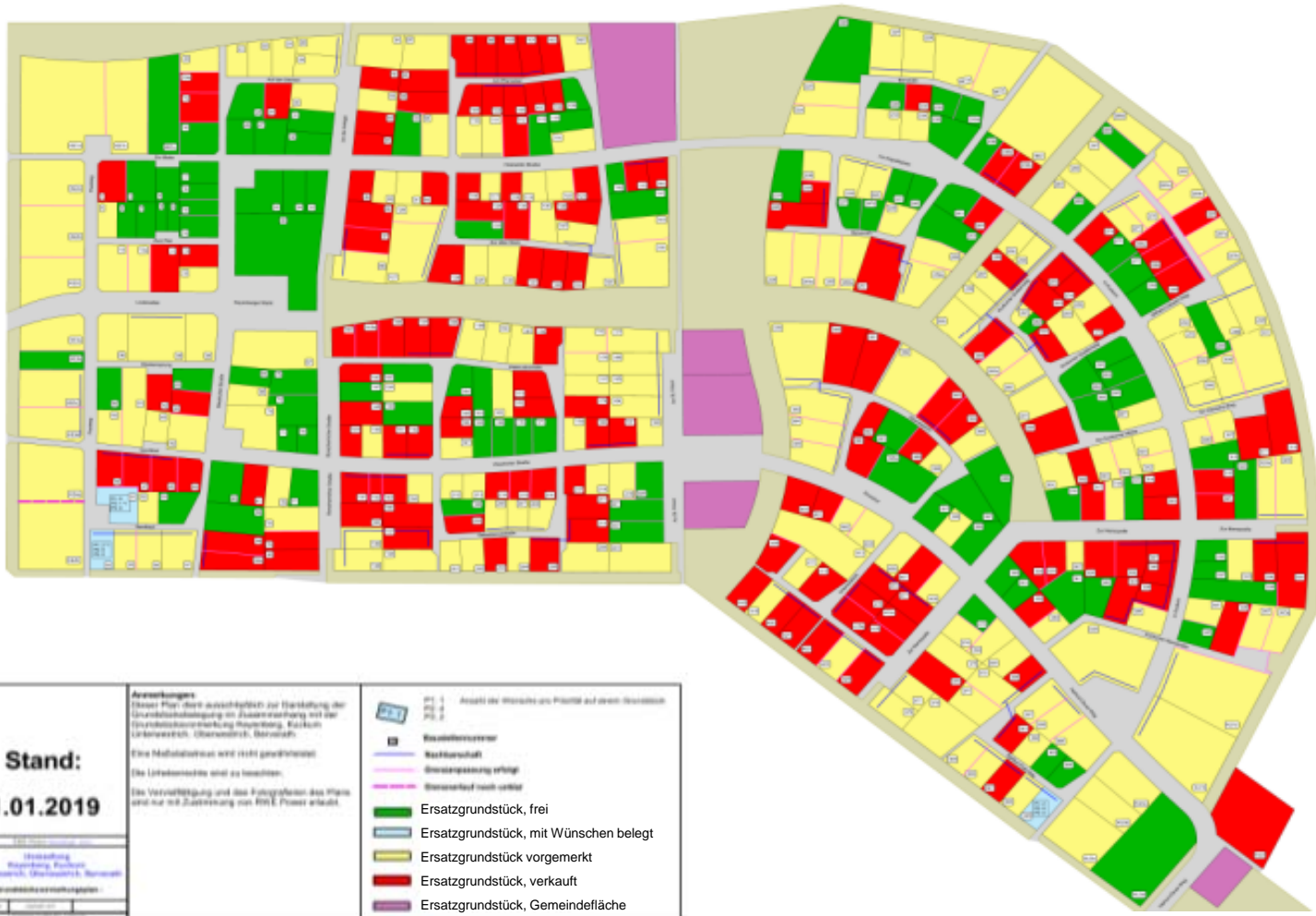
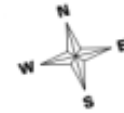


Stand 2/2019



Alle Grundstücke erschlossen im neuen Umsiedlungsstandort, Bauaktivitäten auf Hochtouren

Grundstücksvormerkungsplan Erkelenz-Nord, Februar 2019



Vormerkung:	~350
davon	
verkauft:	~170
davon	
bezogen:	32
im Bau:	69
in Planung:	69

Stand:
31.01.2019

Umsiedlung
Keyenberg, Kuckum,
Unterwestrich, Oberwestrich, Berverath

Grundstücksvormerkungsplan

Anmerkungen:
Dieser Plan dient ausschließlich zur Darstellung der Grundstücksvormerkung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Umsiedlung. Er ist kein verbindliches Dokument.
Eine Mahdabgabe wird nicht gewährt.
Die Lieferfrist ist zu beachten.
Die Veräußerung und das Pfandrecht des Erbes sind nur mit Zustimmung von RWE Power erlaubt.

Legende:

- Ersatzgrundstück, frei
- Ersatzgrundstück, mit Wünschen belegt
- Ersatzgrundstück vorgemerkt
- Ersatzgrundstück, verkauft
- Ersatzgrundstück, Gemeindefläche

PK 1 Anzahl der Wünsche am Plot/BA auf dem Grundstück
PK 2

Grundstücksvormerkung:

- Nachverkauf
- Grundbesitzung erfolgt
- Grundbesitzung noch erfolgt

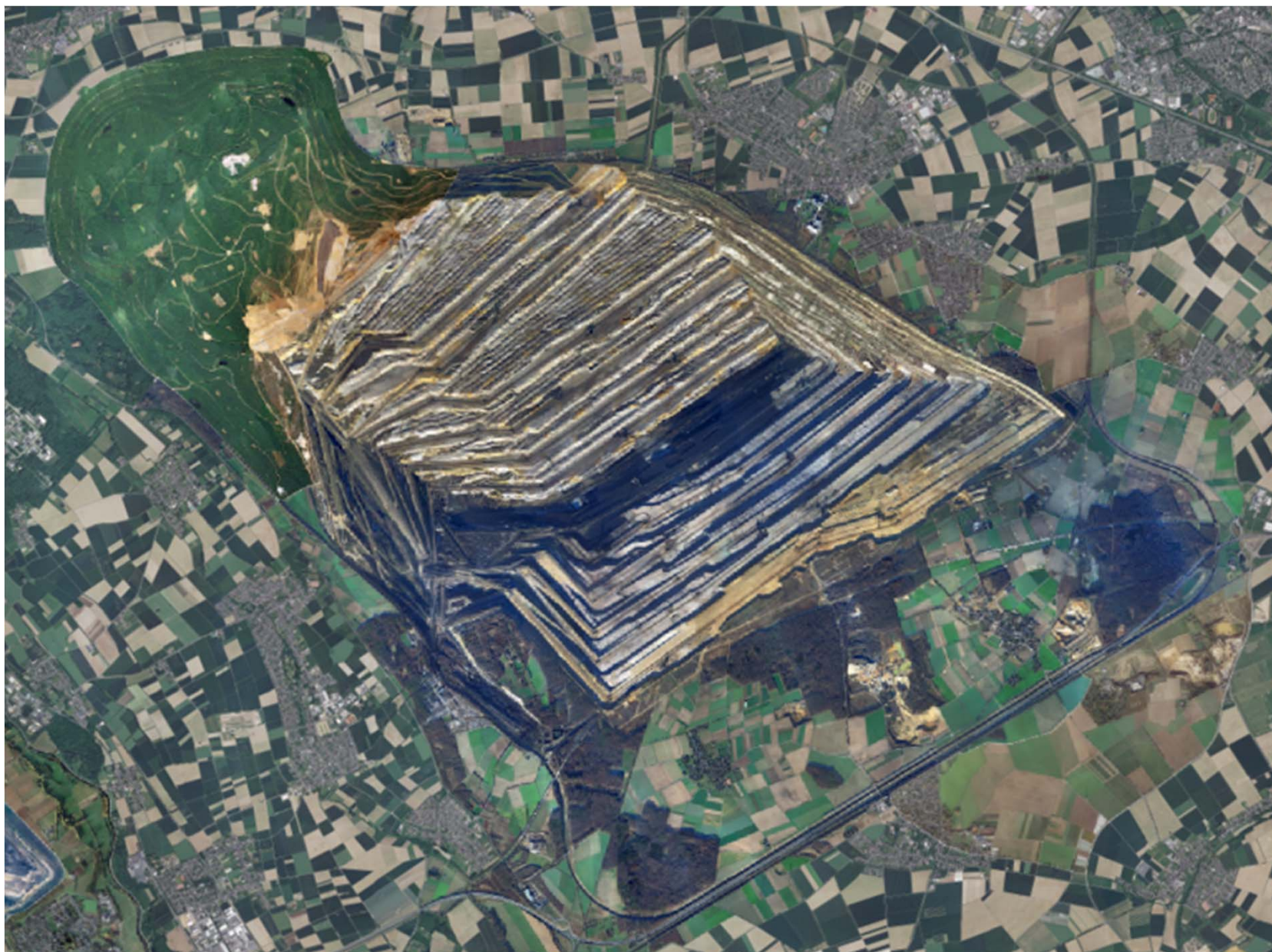
Grundstücksvormerkung nahezu abgeschlossen: Die Hälfte der vorgemerkten Anwesen bereits verkauft.

Baufortschritt in vollem Gange...

32 Häuser bereits bezogen, 69 befinden sich im Bau und weitere 69 in Planung

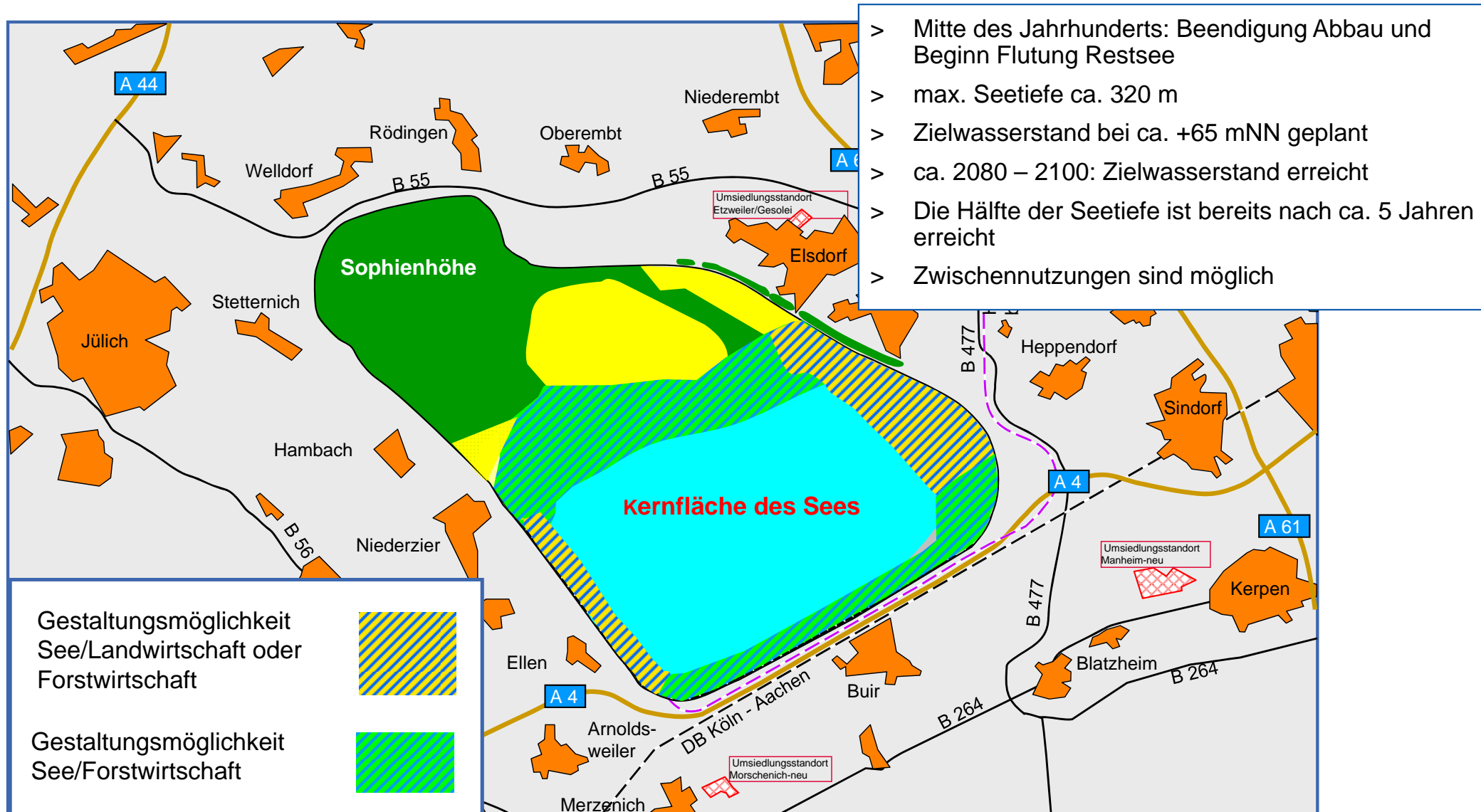


Aktuelles Luftbild Tagebau Hambach



Quelle: Geobasisdaten

Gültiges Wiedernutzbarmachungskonzept Tagebau Hambach gemäß genehmigtem Braunkohlen- und Rahmenbetriebsplan



Aussagen zum Strukturwandel (1/2)

Unterstützung des Strukturwandels in allen betroffenen Regionen

- Zielregionen: Braunkohlereviere und Steinkohlekraftwerksstandorte; damit grundsätzlich bundesweit mit Schwerpunkt auf die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und das Saarland.
- > Finanzielle Absicherung aus dem Bundeshaushalt über 20 Jahre mit
 - > 1,3 Mrd. € p.a. für aus dem Bundeshaushalt zu finanzierende Einzelprojekte
 - > 0,7 Mrd. € p.a. Pauschalzahlungen an die Länder
 - > Sonderfinanzierungsprogramm Verkehrsinfrastruktur
 - > Unterstützung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen
 - > Institutionelle Absicherung gefordert: Für das Rheinisches Revier „Zukunftsagentur Rheinisches Revier“ (ZRR) als Trägerinstitution
 - > Berücksichtigung der engen Verknüpfung von Braunkohle mit energieintensiver Industrie: Erhalt bestehender und Aufbau neuer Wertschöpfungsketten, dabei besondere Berücksichtigung der REA-Gipsindustrie
 - > Ausbau der digitalen und verkehrlichen Infrastruktur: Revierbonus mit Vorfahrt für Strukturentwicklungsgebiete

Aussagen zu Strukturwandel (2/2)

Maßnahmen im Rheinischen Revier

- > Schaffung eines Rheinischen ENERGIEREVIERS der Zukunft: Ausbau der Versorgungsinfrastruktur mit Schlüsselprojekten wie u.a.
 - > Wärmespeicherkraftwerk – Power-to-store
 - > Ansiedlung eines DLR-Instituts
 - > Aufbau eines regionalen Energiemanagements
 - > Quirinus
 - > Batteriezellproduktion
 - > Nutzung Tiefengeothermie an ehemaligem Kraftwerksstandort
 - > Weiterentwicklung Solar-City Jülich
 - > BrainEnergy-Park Jülich
 - > Nutzung lokaler Stärken in der Bioökonomie
 - > Stoffliche Nutzung der Braunkohle (Zukunftsinitiative Kohlenstoffkreisläufe)
- > Sicherheitszusage an die Beschäftigten mit Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und Schaffung hochwertiger und zukunftssicherer Arbeitsplätze

Fazit / Weiteres Vorgehen

- Tagebau Inden/Kraftwerk Weisweiler werden bis 2030 planmäßig betrieben.
- Auch reduzierter Kohlebedarf durch Kapazitätsanpassung erfordert Kohlebereitstellung an der Nord-Süd-Bahn aus zwei Tagebauen bis mindestens Ende der zwanziger Jahre.
- Tagebau Garzweiler muss vollständig gemäß Leitentscheidung 2016 ausgekohlt werden; Umsiedlungen werden planmäßig fortgeführt.
- „Wunsch“ der Kommission zum Stehenlassen des Hambacher Forstes ist zu prüfen, hätte massive Auswirkungen auf Kohlebereitstellung und Wiedernutzbarmachung.
- Strukturentwicklung im Revier wird im Rahmen des Möglichen unterstützt.
- Verhandlungen der Bundesregierung mit den Unternehmen werden erwartet.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit